

Disziplinieren und Strafen. Politische Repression in der DDR und anderen sozialistischen Diktaturen

Veranstalter: Jörg Baberowski / Stefan Donth / Robert Kindler, BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“

Datum, Ort: 30.01.2020–31.01.2020, Berlin

Bericht von: Julian Obenauer, Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Passau

„Können Sie das beweisen? Haben Sie das schriftlich?“¹ So begann 1991 Jürgen Fuchs seine Artikelserie „Landschaften der Lüge“, in der er seine persönliche Diktaturerfahrung literarisch verarbeitete. Auch beim Workshop „Disziplinieren und Strafen. Politische Repression in der DDR und andere sozialistischen Diktaturen“ wurde der Schwerpunkt auf die unterschiedlichen Perspektiven der Repressionserfahrung gesetzt. JÖRG BABEROWSKI (Berlin) eröffnete die Tagung mit einer Anspielung auf Fuchs' Artikelserie und verdeutlichte die wechselseitige Beziehung von individueller Erfahrung und Erinnerung. Die Bedingungen der Diktaturerfahrung seien länder- und generationenspezifisch. Zudem variere Repressionserfahrung je nach Intensität, Dauer und spezifischem Kontext. Die individuelle Erfahrung wiederum beeinträchtige die Erinnerung an die Diktatur. Daher müsse bei einem Vergleich unterschiedlicher Regime diese Wechselbeziehung von Erfahrung und Erinnerung mitgedacht werden.

Das erste Panel stellte die strukturellen Mechanismen von repressiven Systemen in den Mittelpunkt. MARKUS MIRSCHEL (Berlin) stellte die Hypothese auf, dass das Grundinstrument der SED-Herrschaft die Angst gewesen sei. Dabei ließen sich zwei Hauptphasen unterscheiden: die erste Phase sei von „lautem Terror“, also der sichtbaren und willkürlichen Ausführung von Repression geprägt gewesen, während sich in der zweiten Phase der „leise Terror“ in Form von Zersetzungsmaßnahmen gegen Einzelpersonen und subtiler Einwirkung auf die Bevölkerung durchgesetzt habe.

Auch CHRISTIAN SACHSE (Berlin) unternahm einen Periodisierungsversuch der politischen Repression in der DDR. Sein Aus-

gangspunkt war, dass die Herrschenden die Produktion von Gehorsam als ökonomisch günstigere Variante der harten Repression vorgezogen hätten, um die Herrschaft zu stabilisieren. Die Erzeugung von Gehorsam richtete sich nach dem Ideal der „sozialistischen Persönlichkeit“. Der Wandel der Repression sei laut Sachse von einem Paradigmenwechsel begleitet worden: Nachdem die Herrschenden das deterministische Weltbild des Marxismus aufgaben, da die etablierten sozialistischen Verhältnisse den gewünschten Menschen nicht hervorbrachten, übernahmen sie eine voluntaristische Einstellung, in der die aktive Erziehung der Bevölkerung zentral wurde.

ADRIAN GALLISTL (Jena) stellte die Hypothese auf, dass die DDR in Anlehnung an Michel Foucault als disziplinarisches Kontinuum zu verstehen sei, in dem Alltag und Haft zwei Pole der Repression darstellten. Wenn der Konformitätsdruck des alltäglichen Lebens nicht ausreichte, setze die nächsthöhere Stufe ein. So würden sich fließende Übergänge bis zur Haft als härteste Form der Repression ergeben. Laut Gallistl seien durch die Unrechtserfahrung kommunikative Widersprüche entstanden, die auf die Kluft zwischen dem Propagieren höchster Ideale und der Handlungspraxis der Herrschenden zurückzuführen seien.

Im anschließenden Kommentar und in der Diskussion wurden zwei Aspekte hervorgehoben. Erstens hätten alle drei Ansätze die Rolle der Verfolgten und der Bevölkerung vernachlässigt. Zweitens implizierten die drei Beiträge, dass die Ansprüche der SED-Herrschaft auf Transformation und Kontrolle auch Erfolg hatten. Sachse erwiderte, dass die Geschichte der DDR zwar als eine Abfolge von Krise und Stabilität zu verstehen sei, die Folgen der Gehorsamsproduktion bei Opfern dieser Art der Repression aber festzustellen sei.

Im zweiten Panel standen die Haft und das Lagersystem im Zentrum. IMMO REBITSCHKE (Jena) verdeutlichte in seinem Beitrag zum sowjetischen Lagersystem zwischen 1946 und 1956, dass nicht nur der Tod Sta-

¹Jürgen Fuchs, Landschaften der Lüge, in: Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13492054.html> (03.02.20)

lins ursächlich für die Transformation des Gulags von einem gigantischen Terrorsystem zu einem kompakteren System des Strafvollzuges gewesen sei, sondern auch die Bemühungen der Staatsanwaltschaft, Regelmäßigkeit im Strafvollzug zu etablieren. Die sowjetische Staatsanwaltschaft verfolgte seit den 1930er-Jahren das Ziel, gesellschaftliche und staatliche Handlungsmuster durch Disziplinierung zu normieren. So geriet sie in andauernde Konflikte mit dem Innenministerium, weil sie auch das Lagersystem an Regelmäßigkeit binden und vor Willkür schützen wollte. Die politische Führung nach Stalins Tod im Jahr 1953 hätte auf diese Entwicklungslinien zurückgreifen können, um die brisante Situation in den Lagern zu entschärfen.

ALEXANDER HEINERT (Berlin) zeigte, wie sich die Traditionslinien der sowjetischen Speziallager, Innengefängnisse und Kerker in Ostdeutschland aus den bolschewistischen Einstellungen der Oktoberrevolution 1917 nachzeichnen ließen.

TOBIAS WUNSCHIK (Berlin) legte dar, wie der Strafvollzug in der DDR Erhärtungs- und Liberalisierungsphasen durchlebte. Das Ziel der weltanschaulichen Umerziehung hätte sich dabei nicht verändert, die Mittel des Zwanges konnten indes variieren. Er konstatierte, dass die Bestrebungen, die Häftlinge ideologisch zu indoktrinieren, erfolglos geblieben seien oder teilweise gegenteilig gewirkt hätten, da die Insassen in ihrer Ablehnung gegenüber dem System noch bestärkt wurden. Ein ironisches Beispiel seien die Zeugen Jehovas, die aufgrund ihrer Religion politisch verfolgt wurden, in den Haftanstalten jedoch noch andere Insassen überzeugen konnten, zu ihrem Glauben überzutreten. So sei die erzieherische Zielsetzung des Strafvollzugs in der DDR ein kollektiver Selbstbetrug der Verantwortlichen gewesen.

Im dritten Panel lag der Schwerpunkt auf Verfolgung durch Politisierung von Straftaten. SEBASTIAN STUDE (Potsdam) legte eine Studie zu „Rowdys“ im Bezirk Potsdam von 1968 bis 1989 vor. Dabei analysierte er hauptsächlich die Potsdamer Stasi-Ermittlungskartei und kam zu dem Schluss, dass Rowdys durch die Geheimpolizei nicht kriminalisiert, sondern zum Zwecke der Herrschaftssicherung politisiert worden sei-

en. Jedoch müsse man beachten, dass das Rowdytum einen marginalen Bereich der Ermittlungsverfahren der Staatssicherheit in Potsdam darstelle.

Auch AGNÈS ARP (Jena) beschäftigte sich mit einem peripheren Bereich der Repressionsforschung, nämlich der politisch motivierten Adoption als Disziplinierungsmaßnahme in der DDR. Sie präsentierte eine Historiographie dieses Forschungsbereichs seit den 1990er-Jahren und bot einen Definitionsversuch der von ihr mitverantworteten Vorstudie „Dimension und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsverfahren, 1966 [U+2012] 1990“ an: Die politisch motivierte Adoption in der DDR sei die staatliche Maßnahme der Herausnahme eines Kindes aus einer Familie und deren Wiedereingliederung in eine andere Familie gegen den offensichtlichen Willen der leiblichen Eltern, wobei die Ahndung von Verhaltensweisen der Eltern, die offenkundig nicht das Wohl des betreffenden Kindes gefährdeten, das zentrale Motiv dieser Maßnahme darstellten.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Problematik der Trennung von krimineller und politischer Ahndung von Straftaten besprochen. Das ernüchternde Fazit war, dass in beiden Themenbereichen stets eine Einzelfallprüfung notwendig sei.

Das vierte Panel rückte die Aufarbeitung in den Mittelpunkt. JONILA GODOLE (Tirana) kontrastierte die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Albanien mit der in Deutschland. Ohne einen Elitenwechsel nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes würden Bemühungen der Zivilgesellschaft, die Diktatur aufzuarbeiten, immer noch unterdrückt.

JOHANNES WEBERLING (Frankfurt/Oder) reflektierte kritisch die Rehabilitierungsgesetze der Bundesrepublik, die einzelne Opfergruppen der ehemaligen DDR ausschlossen. Dafür lieferte er mehrere Beispiele: Rentennachteile würden minimal ausgeglichen, jedoch nicht die Karriere Nachteile, die durch Repression entstanden; durch das Landschaftsanpassungsgesetz hätten zahlreiche Personen ihr Eigentum verloren; weiterhin würden Täter-Opfer-Personen keine Ansprüche gewährt werden. Der Grund

dieser lückenhaften Gesetzeslage sei vielfach ein Mangel von politischem Willen und Wissen.

BIRGIT NEUMANN-BECKER (Magdeburg) berichtete aus der Praxis der Dikturaufarbeitung und konstatierte, dass Gewalterfahrungen nicht rückgängig gemacht, sondern nur gemildert werden können, da die Menschen bis an ihr Lebensende mit der Erfahrung leben müssten.

Daran schloss sich eine kontrovers geführte Diskussion zum Zusammenhang von Diktaturbewältigung und öffentlichen Erinnerungsorten an. Inwieweit tragen Denkmäler, Gedenkstätten und Schulbücher zur Auseinandersetzung mit diktatorischer Vergangenheit bei, und welche Rolle spielt dabei das „Familiengedächtnis“? Es wurde die These aufgestellt, dass lediglich das Familiengedächtnis relevant für die Diktaturbewältigung sei. Auf diese Behauptung folgten Gegenargumente aus unterschiedlichen Positionen: In Albanien sei die Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten die einzige öffentliche Diktaturbewältigung; Gedenkstätten würden Lücken in der Schulbildung füllen; das Wesentliche sei der diskursive und gedankliche Prozess zu der politischen Entscheidung, Denkmäler zu errichten; schließlich könnten Schulbücher auch eine negative Wirkung haben, da sie meist unreflektiert mit Primärquellen umgingen.

Im vorletzten Panel mit dem Schwerpunkt Spätsozialismus berichtete THOMAS LINDENBERGER (Dresden) vom Fall eines Chemie-Ingenieurs, der in der Honeckerära Opfer einer Art politischer Repression wurde, die ungewöhnlich für die Zeit war. Nach stalinistischem Vorbild sei der Ingenieur in einem Schauprozess für einen Industrieunfall verantwortlich gemacht worden. Lindenberger sagte, es sei bemerkenswert, dass ein Ingenieur das Opfer politischer Repression wurde, da diese Berufsgruppe aus ökonomischen Gründen meist verschont geblieben sei. Zudem sei anhand der Quellen nachzuvollziehen, wie innere Ablehnung und äußere Anpassung dieses Akteurs trotz seiner IM-Tätigkeit miteinander einhergingen.

IDRIT IDRIZI (Wien) beschrieb eindrücklich das albanische Regime unter Enver Hoxha in der spätsozialistischen Phase. Diese

Ära markiere den Höhepunkt der politischen Isolation Albaniens. Die Härte und Art der Repression im Hoxha-Regime ließen darauf schließen, dass Albanien bis zum Zerfall eine stalinistische Diktatur war.

MARTIN WIESER (Berlin) präsentierte sein Konzept der „mikrototalitären Praxis“. Im Anschluss an Adornos Forschung zur autoritären Persönlichkeit und an Überlegungen der klassischen Totalitarismustheorien könne die operative Psychologie als mikrototalitär bezeichnet werden. Für diese Studie untersucht er Dissertationen von hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit an der Juristischen Hochschule Potsdam, die sich mit der operativen Praxis (Zersetzung, IM-Kontaktaufnahme) befassen.

Im letzten Panel ging es um Abrichtung und Disziplinierung. SUSANNE GUSKLEINWAND (Dortmund) präsentierte einen Werkstattbericht ihres Teilprojektes im BMBF-Forschungsverbund „Seelenarbeit im Sozialismus“. Sie stellte die Hypothese auf, dass die operative Psychologie der Staatssicherheit basale wissenschaftliche Standards aufweise, in ihrer Richtung gegen den Menschen jedoch als Herrschaftsinstrument der SED missbraucht worden sei.

FELICITAS SÖHNER (Düsseldorf) berichtete von den Vorüberlegungen zum BMBF-Verbundprojekt „Testimony“, das die historische Situation von ehemaligen BewohnerInnen von DDR-Kinderheimen beleuchtet. Dabei sei deutlich geworden, dass diese Institutionen ein komplexes Zwangssystem gewesen seien, in dem diverse Formen der Gewalt zur Anwendung kamen.

FLORIAN VON ROSENBERG (Erfurt) trug über die Einführung des Krippensystems in der DDR in den 1950er-Jahren vor und kontrastierte die Entwicklungen mit denen in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR). Der Anspruch der SED-Eliten sei gewesen, in den Krippen eine bessere Erziehung als in der Familie zu gewährleisten. Der Nutzen für die Herrschenden habe darin bestanden, Frauen nach der Entbindung rasch wieder in Produktionsprozesse zu integrieren. Dies sei auf Kosten der Gesundheit der Säuglinge gegangen und habe zu höheren Sterblichkeitsraten und nachhaltigen kognitiven Leistungseinschränkungen geführt. Im

Vergleich zur ČSSR, die auf die gravierenden Probleme des Krippensystems reagiert und den Mutterschaftsurlaub ausgeweitet hätte, verschleierte die SED die Problematik, indem sie strukturelle Probleme als Erziehungsprobleme präsentierte.

In der anschließenden Diskussion stand insbesondere die Problematik des historischen Anachronismus im Fokus. Es sei gefährlich, die Vergangenheit mit den Wertmaßstäben der Gegenwart systemübergreifend zu beurteilen, da die Verhältnisse der oben genannten Institutionen in nicht-diktatorischen Regimen oft nicht wesentlich besser gewesen seien.

Der interdisziplinäre, thematische oder geografische Perspektivwechsel dieses Workshops konnte neue Erkenntnisse im Forschungsfeld der politischen Repression sozialistischer Regime bieten, jedoch wurde auch klar, dass der bisherige Wissensstand der DDR-Forschung noch nicht ausreichend ist. Die strukturellen Ansätze zu Mechanismen politischer Repression dürfen die Rolle des Akteurs nicht vernachlässigen und sollten berücksichtigen, dass diese Kontroll- und Transformationsversuche der Herrschenden letztendlich gescheitert sind. Studien zu politischer Kriminalisierung stehen stets vor dem Problem, reguläre und politisierte Straftatuhandlungen durch das Regime zu unterscheiden. Als Ausweg aus leicht anfechtbaren Definitionen von politischer Verfolgung ist die Einzelfallprüfung unerlässlich. Ob das Familiengedächtnis oder öffentliche Erinnerungsorte wichtiger für die Diktaturbewältigung sind, bleibt eine offene Frage, der es lohnt, nachzugehen. Schließlich müsse bei der Untersuchung von DDR-Institutionen wie Kinderheimen oder der Psychologenausbildung die Gefahr eines historischen Anachronismus bedacht werden.

Konferenzübersicht:

Jörg Baberowski (Humboldt-Universität zu Berlin, BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“): Landschaften der Verfolgung. Einleitende Bemerkungen

Panel 1: Repressive Systeme verstehen

Markus Mirschel (Humboldt-Universität zu Berlin, BMBF-Forschungsverbund „Land-

schaften der Verfolgung“): Nexus Angst – Ein Blick auf Verfolger und Verfolgte

Christian Sachse (Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Berlin): Die planmäßige Produktion von Gehorsam im Sozialismus. Techniken zur Disziplinierung und ihre Effizienz

Adrian Gallistl (Friedrich-Schiller-Universität Jena, BMBF-Forschungsverbund „Seelenarbeit im Sozialismus“): Gesellschaftliche Ursachen individuellen Leidens am Beispiel der ehemaligen DDR

Kommentar: Robert Kindler (Humboldt-Universität zu Berlin, BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“)

Panel 2: Praktiken und Normen der Haft

Immo Rebitschek (Friedrich-Schiller-Universität Jena): Die Macht der Normen. Die Disziplinierung des sowjetischen Lagersystems, 1946-1956

Alexander Heinert (Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat): Wurzeln und Traditionen sowjetischer Sonderhaftanstalten in Ostdeutschland

Tobias Wunschik (Humboldt-Universität zu Berlin, BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“): „Besserung“ durch „Rotlichtbestrahlung“? Konjunkturen und Zäsuren im Erziehungsstrafvollzug der DDR, 1949-1989

Kommentar: Stefan Donth (Gedenkstätte Hohenschönhausen / BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“)

Panel 3: Kriminalisierung und Bestrafung

Sebastian Stude (Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße Potsdam / BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“): Kriminalität und Kriminalisierung: „Rowdytum“ und „Rowdies“ im Bezirk Potsdam, 1968-1989

Agnès Arp (Friedrich-Schiller-Universität Jena, BMBF-Forschungsverbund „Seelenarbeit im Sozialismus“): Politisch motivierte Adoption als Disziplinierungsmaßnahme in der DDR? Definition, Praxis und Hypothesen für

eine weitere Forschung

Kommentar: Helge Heidemeyer (Gedenkstätte Hohenschönhausen, BMBF Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“)

Panel 4: Erinnerung, Aufarbeitung, Wiedergutmachung

Jonila Godole (Universität Tirana / Institute for Democracy, Media & Culture): Das Erbe der kommunistischen Diktatur in Albanien

Johannes Weberling (Europa-Universität Viadrina Frankfurt Oder, BMBF Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“): Aus der Geschichte (nichts) gelernt. Die juristische Aufarbeitung des SED-Regimes und die Rehabilitierung seiner Opfer

Birgit Neumann-Becker (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Verhinderte Anerkennung der Opfer. SED-Verfolgte zwischen Lebensbewältigung, Aufarbeitung und DDR-Normalisierung

Kommentar: Jörg Baberowski (Humboldt-Universität zu Berlin, BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“)

Panel 5: Abschrecken und Strafen im Spätsozialismus

Thomas Lindenberger (Hannah-Arendt-Institut Dresden): Vom „Turbo“ zum „Verdichter“ – oder: Die havarierte Laufbahn eines volkseigenen Chemie-Ingenieurs. Ein Fall von Terrorjustiz in der Honeckerära

Idrit Idrizi (New Europe College, Bukarest / Universität Wien): Politische Repression im albanischen Spätsozialismus

Martin Wieser (Sigmund Freud Privatuniversität Berlin): Die „IM-Arbeit“ der Operativen Psychologie – Fallbeispiel einer mikrototalitären Praxis?

Kommentar: Christian Booß (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder / BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“)

Panel 6: Abrichtung und Disziplinierung

Susanne Guski-Leinwand (Fachhochschule Dortmund / BMBF-Forschungsverbund

„Seelenarbeit im Sozialismus“): PsychologInnen in der DDR: „keine apolitischen Spezialisten“?!

Felicitas Söhner (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf): Disziplinierung durch Gewalt in der Wahrnehmung medizinischer und psychologischer Akteure in DDR-Kinderheimen

Florian von Rosenberg (Universität Erfurt): Pädagogisierung und politische Repression. Analysen zum DDR-Krippensystem

Kommentar: Stefan Röpke (Charité – Universitätsmedizin Berlin / BMBF-Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“)

Tagungsbericht *Disziplinieren und Strafen. Politische Repression in der DDR und anderen sozialistischen Diktaturen*. 30.01.2020–31.01.2020, Berlin, in: H-Soz-Kult 06.03.2020.